Die Steuern steigen

Parteien in Hövelhof verabschieden den Haushalt 2013 einstimmig

Von Heinz-Peter Manuel

Hövelhof (WV). Die Steuern müssen erhöht werden. Und doch bleibt im Hövelhofer Haushalt 2013 ein 1,8-Millionen-Euro-Loch. In der letzten Ratssitzung des Jahres haben CDU, SPD und FDP dem Etat fürs kommende Jahr trotzdem ohne Gegenstimmen zugestimmt.

Nachdem alle Haushaltsreden vorgetragen waren, regte für die FDP Rudi Lindemann an, angesichts der dringend notwendigen Konsolidierung des Haushaltes noch vor der Sommerpause einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten. Beschlossen wurde letztlich aber, dass sich die Fraktionen zunächst in eigenen Reihen Gedanken machen. Ob es dann zu einem gemeinsamen Beschluss kommt, bleibt zunächst offen.

Das sagt die CDU:

Der CDU, so formulierte es ihr Sprecher Wilfried Lappe, falle es nicht leicht, die Steuern auf die fiktiven Hebesätze des Landes anzuheben. Weil man die Einwohner und Firmen nicht mehr als unbedingt belasten wolle, habe man in den vergangenen zehn Jahren die von anderen Fraktionen verlangten Erhöhungen abgelehnt, zuletzt erst vor Jahresfrist. Die von Kämmerer Klaus-Dieter Borgmeier für

2012 vorgelegten Zahlen hätten die CDU-Einschätzung bestätigt.

Die Menschen vor Ort müssten die Belastungen auch verkraften können, betonte Lappe. Angesichts der steigenden Kreisumlage und der geringer werdenden Unterstützung durch das Land forderte Lappe: »Lasst uns Luft zum Atmen!« Dazu brauche die Gemeinde eine gesicherte

und auskömmliche Finanzausstattung, eine Möglichkeit der Wohnbauund Gewerbegebietsentwicklung und den Verzicht auf »kostenspielige und ideologisch



geprägte Objek- Wilfried Lappe te«. Süffisant

ergänzte Lappe: »Ich bin gespannt, wann die Landesregierung uns sogar die Rechnung schickt zur Sanierung der Großstädte im Ruhrgebiet.« Die Gemeinde müsse sich melden und gegen ungerechte Behandlung protestieren.

Ein deutliches Bekenntnis gab Lappe zum Gemeindemarketing ab. Die »weiße Wirtschaft« sei ein nicht unerheblicher Standortfaktor. Lappe verteidigte auch die Umsetzung des Ortskernkonzeptes: »Dadurch wird Hövelhof lebenswerter.«

Das sagt die SPD

»Der Haushalt ist, wie immer, eine Katastrophe. Aber das Zahlenwerk ist handwerklich ordentlich gestrickt, es enthält bislang noch keine Wahlgeschenke, und wir werden dem zustimmen.« Diese Kurzfassung stellte Mario Schäfer (SPD) seiner Haushaltsrede voran: »Aber so einfach mache ich es mir und Ihnen dann doch nicht.« Schäfer kritisierte, die von der SPD bereits vor Jahresfrist beantragten Steuererhöhungen hätte schon damals kommen müssen. »nicht nur um die Finanzen zu entlasten, sondern auch dem Problem des Investitionsstaus zu begegnen.« Schäfer befürchtet, dass es sich dabei um Millionenbeträge handelt; Aufträge, die auch

für die Wirtschaft wichtig seien.

Schäfer
schlug vor, ein
langfristiges
Konzept zur
Haushaltskonsolidierung aufzustellen mit
dem Ziel, einen
dauerhaften Finanzausgleich
plus Puffer zu



Mario Schäfer

schaffen. Falls es 2013 keinen gemeinsamen Weg gebe, »werden sich unsere Wege in der Finanzwirtschaft dort trennen«. Als Beispiel nannte Schäfer die Turnhallen: Um sie dauerhaft erhalten zu können, müsse man über Hallenbeutzungsgebühren reden.

Zum Kreishaushalt forderte Schäfer auf, realistisch zu bleiben. So gebe es zur Unterhaltung der Wewelsburg, an der Hövelhof mit 100 000 Euro beteiligt ist, keine Alternative. Auch in Sachen Bildungsbüro gelte es Verträge zu erfüllen.

Das sagt die FDP

Für die FDP nahm der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ekhard Schumann Stellung. Er signalisierte Zustimmung seiner Partei. Er kritisierte, dass die für die Jahre 2014 bis 2016 genannten sich langsam reduzierenden Fehlbeträge nicht befriedigend seien. Es werde weiterhin mehr Geld ausgegeben als zur Verfügung stehe. Bislang habe der Gemeinderat keine signifikante Haushaltskonsolidierung zugelassen, kritisierte Schumann die Mehrheitsfraktion.

Die Tatsache, dass sich die CDU nicht auf eine Jahreszahl für ein ausgeglichenes Jahresergebnis festlege wolle, zeige, dass es ihr an einer ernsthaften Konsolidie-



rungsstrategie Ekhard Schufehle. Die FDP mann werde aber be-

harrlich am Thema bleiben, versprach Schumann. »Wir müssen klare Ziele definieren und gegenüber unseren Bürgern gerechte, wenn auch unpopuläre Entscheidungen vertreten«, so Schumann. Das werde der Bürger sicherlich verstehen.